

Bereits mehrfach haben wir auf die Rechtswidrigkeit von Tiertransporten in namentlich aufgeführte Drittländer (Türkei, Naher Osten, Maghreb, asiatische Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion) hingewiesen, weil die Transport- und Schlachtbedingungen nicht annähernd EU-Standards erfüllen und die Tiere einer bis zu ihrem Tod anhaltender Tierquälerei ausgesetzt sind.

Die Zustände sind durch Recherchen von Tierschutzorganisationen und Medien zigfach und detailliert belegt und hätten verantwortliche Politiker schon längst zum Handeln bewegen müssen. Leider ist das nicht geschehen.

Aus diesem frustrierenden und ernüchternden Grund nahmen die Amtstierärztinnen Dr. Martin, Dr. Hellerich, Dr. Fuchs und Dr. Herfen auf einer Inspektionsreise vom 9.-14. August die Kontrollstellen auf den Routen Usbekistan, Kasachstan und Südost-Russland persönlich in Augenschein, um die dortigen Möglichkeiten einer rechtskonformen Einhaltung der Tierschutzvorgaben zu prüfen.

Ihrem Bericht zufolge existieren viele der angegebenen Verladestationen nicht oder sie waren nicht in einem der VO (EG) 1255/97 entsprechenden Zustand. Die gesetzlich vorgeschriebenen Entladezeiten zum Ruhen, Bewegen und Versorgen der Tiere, sowie zum Füttern und Tränken können definitiv nicht eingehalten werden.

Das Fazit der Kolleginnen ist entsprechend vernichtend:

„Tiertransporte auf besagten Routen sind seit vielen Jahren rechtswidrig. Den Tieren wurden auf solchen Transporten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit systemimmanente langanhaltende und erhebliche Leiden und Schäden zugefügt.“

Die Frage sei erlaubt, wieviel Beweise noch erbracht werden müssen, bis zuständige Politiker bereit sind, sich an geltendes Recht zu halten und auf dem Weg des Erlasses ein sofortiges Verbot der Tiertransporte auf diesen Routen anzuordnen? Mit welchem Recht erwarten diese Politiker, dass sich die Bürger an geltendes Recht halten, wenn sie es selbst nicht tun?

Für die Bevölkerung ist inzwischen nicht mehr zu übersehen, dass sowohl Bundesregierung als auch Landesregierungen sich nicht scheuen, zugunsten von Lobbyinteressen geltendes Recht mit den Füßen zu treten - ein verheerendes Signal mit weitreichenden Folgen für unser Land!

Erneut fordern wir Sie auf, Ihrer Pflicht nachzukommen und der Tierquälerei ein Ende zu machen, d.h. Transporte in besagte Länder unverzüglich zu verbieten.